

Eberhard Berg, Lupinenweg 10, 71665 Vaihingen-Kleinglattbach

Beitrag zur Aussprache

in der Gemeinderatssitzung am **Mittwoch, 29. Januar 2025**

Haushalt 2025 – Stellungnahme der Gemeinderatsfraktionen

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Gemeinderats-kolleginnen und -kollegen,
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung.

Wir reden heute über den Haushalt der Stadt Vaihingen für das Jahr 2025. Unsere finanziellen Spielräume in 2025 und in den kommenden Jahren sind nach wie vor nicht dazu angetan in Begeisterungstürme zu verfallen. Wir können auf die Schnelle die städtischen Haushalte in den nächsten Jahren nicht mehr ausgleichen. Und auch die Verschuldung steigt weiter. Hatten wir im Jahr 2022 noch ca.16 Millionen Euro Schulden wird aller Voraussicht der Schuldenstand im Jahr 2026 auf über 40 Millionen ansteigen. Das sind Zahlen die einen nicht kalt lassen können.

Aber wir dürfen auch nicht übertreiben und in unangebrachte Hektik verfallrn, und dabei auch noch die Spielregeln der Zusammenarbeit bzw. der Zuständigkeiten auf der kommunalen Ebene verlassen oder gar völlig missachten. Dass wir den Haushalt in absehbarer Zeit nicht mehr ausgleichen können ist doch nichts neues, das wissen wir. Wie wir damit umgehen ist jetzt die Frage. Alles umkrempeln, alles über Bord werfen was uns bisher wichtig war? Oder in Ruhe die richtigen Entscheidungen treffen. Ja, wir müssen entscheiden, wir sind zum Handeln gezwungen. Das darf uns aber nicht daran hindern, weiterhin mit ein wenig gesundem Menschenverstand in die kommenden Debatten zu gehen, und unser politisches Handeln pragmatisch und unaufgeregt an den Notwendigkeiten auszurichten.

Wenn wir wollen, dass diese Stadt auf Dauer gut funktioniert, dann müssen wir auch gemeinsam über Prioritäten reden. Ja, wir können nicht mehr alle Wünsche erfüllen. Aber es geht auch nicht um einzelne Punkte. Es geht um ein gemeinsames Verständnis von nachhaltiger Infrastrukturplanung, nachvollziehbarer Sozial- und Kulturpolitik, und einem soliden Umgang mit den zur Verfügung stehenden Finanzen.

Wir waren doch immer stolz darauf eine „Schulstadt“ zu sein. Wir haben in unserer Stadt 2 Gymnasien, 2 Realschulen, eine Gemeinschaftsschule, die Wilhelm-Feil-Schule und 9 Grund-schulen. Nicht zu vergessen die Freie Walddorf-Schule. Diese Vielfalt sollten wir uns erhalten. Sie ist ein großartiges Angebot an unsere Kinder und Jugendlichen im Bereich der schulischen Bildung. Gerade die Grundschulen sind auch für unsere Teilorte ein wichtiger Punkt der örtlichen Identität.

Nun ist es ja durchaus zulässig darüber nachzudenken ob es wirklich Sinn macht in allen Stadtteilen, gerade auch in den kleineren, den Standort für eine Grundschule aufrecht zu erhalten. Dafür muss man aber mit den Betroffenen vor Ort vorher ins Gespräch kommen.

Nicht erst wenn sich Widerstand abzeichnet.

Wir haben zwar versucht allen Grundschulen so etwas wie eine Bestandsgarantie zu geben. Aber ob wir das auch durchhalten können ist durchaus fraglich. Die mehrfach getätigte Aussage des Oberbürgermeisters, wir könnten uns keine neun Grundschulen mehr leisten, hängt ja wie ein Damoklesschwert über der ganzen Diskussion ob und wie die weitere Existenz der Grundschulen gesichert werden kann. Auch im Zusammenhang mit dem Weg hin zur Schaffung einer künftigen Ganztagsbetreuung. Der Verdacht, die Sorge, die Verwaltung strebe nach wie vor die Schließung der einen oder anderen Grundschule an, steht einfach nach wie vor im Raum.

Freibad und Hallenbad! Freibad oder Hallenbad? Ihre Aussage vor einem Jahr, Herr Skrzypek, wir könnten uns in Zukunft nur noch das Freibad oder das Hallenbad leisten, nährt nicht nur bei uns die Sorge: Das Hallenbad wird zur Schließung vorbereitet. Dass Sie wenige Wochen nach dieser Aussage demonstrativ die Petition zum Erhalt des Hallenbads unterzeichnet haben, also an sich selbst appelliert haben das Hallenbad auf jeden Fall zu erhalten, beruhigt uns nicht so recht. Denn das war, wie gesagt, schon vor einem Jahr. Nach Ablauf dieses Jahres können Sie auf unseren Antrag keine Antwort geben. Sie bringen unseren Antrag zur Zukunft des Enztalbads nicht auf die Tagesordnung und Sie teilen uns auch nicht mit was Sie denn in dieser Angelegenheit zu tun gedenken. Es bleibt nur die vage Andeutung dass Sie vielleicht in naher Zukunft einen Vorschlag dem Gemeinderat unterbreiten wollen. Vielleicht.

Es kann ja durchaus auch Sinn machen über eine neue Organisationsstruktur unserer hervorragend aufgestellten Feuerwehr nachzudenken und im miteinander aller Beteiligten nach Lösungen zu suchen die für die Mitglieder der Feuerwehr attraktiv sind, die Effizienz der gesamten Wehr noch mehr steigert und für die Stadt die Kosten im Rahmen hält. Dafür muss man aber mit den Verantwortlichen der Feuerwehr ins Gespräch kommen. Ich befürchte das ist bis heute nicht geschehen. Wir haben schon vor zwei Jahren signalisiert, mit uns kann man darüber reden. Allerdings eben nur unter der Mitwirkung, der Einbeziehung, der Feuerwehr als Ganzes und deren betroffenen Abteilungen. Allerdings, das Thema Feuerwehr nur an den Kosten für die neue Feuerwache in Roßwag aufzuhängen ist nicht zielführend. Hier gilt: Die Beschlüsse des Gemeinderats sind umzusetzen, auch wenn das dem einen oder anderen Verwaltungs-mitarbeiter nicht gefällt.

Die Entscheidung ob wir eine Gartenschau hier in Vaihingen ausrichten wollen ist gefallen. Eine Gartenschau, die für die Stadt eine Attraktivitätssteigerung nicht nur für die Zeitspanne der eigentlichen Gartenschau bedeutet, sondern wirklich auch eine nachhaltige Wirkung haben muss. Die Kunst dabei wird es sein, mit sparsamen finanziellen Mitteln aus dem zur Verfügung stehenden Gelände das Beste zu machen was überhaupt zu machen ist. Das wird nicht einfach. Hier sind unsere Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in den zuständigen Fachämtern enorm gefordert.

Der Gemeinderat stellt die dafür notwendigen Stellen im Haushaltsplan zur Verfügung und hat auch mit der Einsetzung eines mit hohen Vollmachten ausgestatteten Gartenschau-ausschusses dafür gesorgt, dass es eine möglichst unbürokratische Abwicklung der notwendigen Planungs- und Umsetzungsarbeiten geben kann.

Der unserer Gartenschau zugrunde liegende Wettbewerb hat einen „grünen“ Anteil und einen städtebaulichen Anteil. Beide Anteile müssen sich in der Gartenschau dann auch wiederfinden. Allerdings, falls jemand daran denken sollte im Bereich des sogenannten Häcker-Areals im Anschluss an die Gartenschau noch eine Fläche auszuweisen für einen großflächigen Verbrauchermarkt, dann erteilen wir diesem Ansinnen schon heute eine deutliche Absage.

Stichwort „bezahlbarer Wohnungsbau“. Ja, auch im Bereich des bezahlbaren Wohnungsbaus, nach wie vor eine Notwendigkeit, kommen wir keinen Schritt weiter. Andere Städte und Gemeinden machen es uns doch schon lange vor wie es gehen kann. Und wir? Bei uns gilt der Spruch: Alle reden vom bezahlbaren Wohnungsbau. Wir nicht. Was machen wir denn in diesem Zusammenhang im Baugebiet Leimengrube? Ein Baugebiet speziell für diesen Zweck ausgewiesen. Wir wissen es immer noch nicht. Bereits zum Haushalt 2023 haben wir das Thema angesprochen. Vor einem Jahr habe ich es in meiner Rede zum Haushalt 2024 nochmals in Erinnerung gebracht. Zwei Jahre lang ist nichts geschehen. Zwei verlorene Jahre. Auch auf unsere aktuelle Anfrage bekommen wir keine konkrete Antwort. Es gibt zwar ein diffuser Hinweis des Herrn Kern dahingehend, im Jahr 2025 (immerhin) gäbe es eine gesonderte Drucksache in der Sie angemessene Kaufpreise vorschlagen wollen. Und in der Sie zu dem möglichen Ziel des bezahlbaren Wohnungsbaus Stellung nehmen wollen. Herr Oberbürgermeister, Ihre Worte noch im Ohr, dass Sie die Flächen zum Höchstpreisgebot veräußern wollten, macht uns das doch große Sorgen. Denn der Beschluss des Gemeinderats lautet eindeutig: Diese Bauflächen werden dem bezahlbaren Wohnungsbau zur Verfügung gestellt. Und dieser Beschluss darf von Ihnen nicht unterlaufen werden. Ansonsten kann ich nur auch wieder feststellen, bis heute liegen keine belastbaren Ergebnisse vor. Zwei Jahre Verwaltungsversagen. Ich wiederhole mich, zwei verlorene Jahre.

Nun gibt es ja den hochgelobten Begriff Innen vor Außen. Also wir sollten brachliegende Flächen innerhalb von bereits bebauten Quartieren bevorzugt einer baulichen Nutzung zuführen. Also bevor wir neue Flächen in der freien Landschaft in Anspruch nehmen. Eine löbliche Absicht. Man könnte also meinen, eine Fläche wie das Engelgelände müsste einer zügigen Bebauung zugeführt werden. Zum einen um den dringenden Bedarf an Wohnungen zu erweitern, zum anderen um Gewerbe- und Handelsflächen zu generieren die der Vaihingen Innenstadt zum Vorteil gereichen. Vor ca. zwei Jahren schon lag eine vorzüglich ausgearbeitete Ausschreibung vor, die von einer großen Mehrheit des Gemeinderats Zustimmung erfahren hat, und mit der man das Projekt hätte starten können. Eine endgültige Beschlussfassung scheiterte zuerst an angeblich 20 fehlenden Pkw-Stellplätzen. Gut, so etwas kann passieren. Dann aber wurde immer wieder neu draufgesattelt. Wir bräuchten noch ein Gutachten für den zu erwartenden Verkehr. Wir benötigten den Nachweis ob die Einzelhandelsflächen auch mit einem Lkw angefahren werden können. Wir brauchen ein Zusatzgutachten für den zu erwartenden Verkehr. Ach ja, der Lärm musste noch untersucht werden. Und es wäre doch auch noch ratsam das vorliegende Einzelhandelsgutachten zu überarbeiten. Fast 120.000 € hat das ganze Procedere die Stadt gekostet. Mit dem Ergebnis, dass alles nach wie vor funktioniert, so wie bereits vor zwei Jahren formuliert. Den Schaden für den Investor möchte ich gar nicht ausrechnen. Zwei Jahre verzögern, verschleppen für nichts. Zwei verlorene Jahre.

Manch unbedachtes Wort auf der einen oder anderen Seite hat wohl auch dazu geführt das Klima zwischen den einzelnen Beteiligten, Gemeinderat,

Oberbürgermeister und Bürgermeister, nicht so zu gestalten, dass es, wenn schon nicht zu einem harmonischen Miteinander, dann doch wenigstens zu einer professionellen Zusammenarbeit kommt. Das erwünschte miteinander war und ist nicht so gefragt, es war und ist eher ein gegeneinander deutlich zu spüren. Auf Anregung von außen hat sich der Gemeinderat auf ein Mediationsverfahren eingelassen. Leider war schon frühzeitig zu erkennen, es war weniger ein Mediationsverfahren als eine Beratung dahingehend wie der OB wohl geschickter mit dem Gemeinderat und seinem Beigeordneten umgehen könnte. Beziehungswiese wie die sich verhalten sollten um den Sand aus dem Getriebe zu nehmen. Mindestens 40.000 € hat uns das ganze gekostet. Ich habe nicht den Eindruck, dass sich diese Ausgabe gelohnt hat.

Eine ungeschickte und wenig einfühlsame Herangehensweise an die einzelnen Themen ist doch genau das was wir nicht brauchen können. Mehr Fingerspitzengefühl, mehr Empathie für die im einzelnen Betroffenen und Beteiligten würde mehr bringen als die besten Sonntagsreden. So wie es bisher läuft bringt uns das keinen Schritt weiter in unserem Bemühen eine gemeinsam von Gemeinderat und Verwaltung verantwortete nachhaltige Haushaltsführung für die Zukunft zu erreichen.

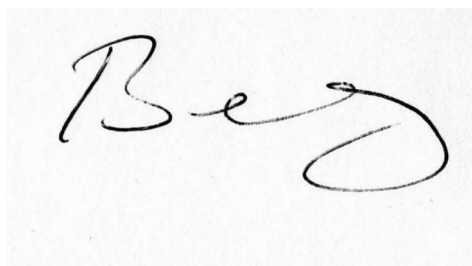
Zum guten Schluss: Nicht, dass ich mir etwas davon versprechen würde, also nur um der guten Tradition willen, möchte ich den Begriff „Gestaltungssatzung“ nochmals ansprechen. Eine unendliche Geschichte. Mehr möchte ich dazu nicht mehr sagen.

Es wird bei dieser Gelegenheit immer auch allen an der Haushaltsplanerstellung Beteiligten ausführlich gedankt. Dieser Dank auch von uns. Ich möchte allerdings auch denen danken, die beim Vollzug des Haushalts sich einbringen und ihre Arbeit für die Stadt in verantwortungsvoller Weise leisten. Ohne Sie wäre der Haushaltsplan nur beschriebenes Papier.

Wir stimmen dem Haushaltsplan für das Jahr 2024 in allen seinen Teilhaushalten in der vorgelegten Form zu.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

29.01.2015

A handwritten signature in black ink, consisting of the letters 'Be' followed by a large, stylized loop that extends to the right and then curves back down. The signature is written on a light-colored, slightly textured background.

SPD-Fraktion im Gemeinderat – Eberhard Berg

Stellungnahme zur Behauptung des Oberbürgermeisters meine Ausführungen zum Haushalt 2025 würden nicht der Wahrheit entsprechen.

Im nichtöffentlichen Teil der letzten Gemeinderatsitzung hat Oberbürgermeister Skrzypek ausgeführt Teile meines Beitrags zum Haushaltsplan 2025 wären Unwahrheiten. Alle meine Aussagen können belegt werden. Da zu befürchten ist, dass Herr Skrzypek auch gegenüber Dritten, außerhalb des Gemeinderats und der Verwaltung, diese Äußerungen tätigt, weise ich nachfolgend auf die Grundlagen meiner Ausführungen hin.

Die mehrfach getätigte Aussage des Oberbürgermeisters, wir könnten uns keine neun Grundschulen mehr leisten, hängt ja wie ein Damoklesschwert über der ganzen Diskussion ob und wie die weitere Existenz der Grundschulen gesichert werden kann. Dies war in zwei Haushaltsklausuren deutlich von allen anwesenden Gemeinderäten und Verwaltungsmitarbeitern zu hören. Auch in der Presse ist das nachzulesen. Und wie versucht wurde die Grundschule in Aurich, am Gemeinderat vorbei, zu schließen, spricht ohnehin für sich.

Freibad und Hallenbad! Freibad oder Hallenbad? Ihre Aussage vor einem Jahr, Herr Skrzypek, wir könnten uns in Zukunft nur noch das Freibad oder das Hallenbad leisten, nährt nicht nur bei uns die Sorge. Das ist auf YouTube nachzuhören unter „Uwe Skrzypek – Haushalt 2024 – Wir müssen uns der Wirklichkeit stellen“, 21. Minute.

Allerdings, falls jemand daran denken sollte im Bereich des sogenannten Häcker-Areals im Anschluss an die Gartenschau noch eine Fläche auszuweisen für einen großflächigen Verbrauchermarkt, dann erteilen wir diesem Ansinnen schon heute eine deutliche Absage. Hier verweise ich auf die „Auswirkungsanalyse Einzelhandelsprojekt Grabenstraße“. Im Punkt 6 „Exkurs: Das Häcker-Areal als alternative Potentialfläche zur Ansiedlung eines LM-Vollsortimenters und sonstiger Fachmärkte. Der OB der Stadt Vaihingen, Uwe Skrzypek, hatte gebeten eine grobe Ersteinschätzung zum Häcker-Areal vorzunehmen, welches aus Sicht der Stadt eine Alternativfläche zur Ansiedlung von großdimensionierten Einzelhandelsbetrieben darstellt.

Herr Oberbürgermeister, Ihre Worte noch im Ohr, dass Sie die Flächen zum Höchstpreisgebot veräußern wollten, macht uns das doch große Sorgen. Es kann durchaus sein, dass hier nur die Ein- und Zweifamilienhausgrundstücke gemeint waren. Aber es wurde eben nicht differenziert kommuniziert. Tatsache ist aber dennoch, bis heute liegen keine Vorschläge auf dem Tisch wie mit den Geschosswohnungsplätzen verfahren werden soll.

Mindestens 40.000 € hat uns das ganze gekostet. Ich habe nicht den Eindruck, dass sich diese Ausgabe gelohnt hat. Das sogenannte Mediationsverfahren war ein Schlag ins Wasser. Das Angebot des Gemeinderats einen Neustart zu machen wurde von Seiten des OB zwar begrüßt, aber nicht wahrgenommen. Sein Verhalten gegenüber dem Gemeinderat hat sich seither nicht geändert, eine Verbesserung in der Zusammenarbeit mit dem Beigeordneten war von vornherein gar nicht beabsichtigt.